



Niederschrift

24. Sitzung Haupt- und Finanzausschuss
13. Oktober 2026, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitz: Erste Bürgermeisterin Bettina Lisbach

Sitzungseröffnung

Punkt 1 der Tagesordnung: Sicherheit in Karlsruhe

- 1.1 Vortrag des Polizeipräsidiums Karlsruhe zur Kriminalitätsentwicklung in Karlsruhe**
- 1.2 Handlungsschwerpunkte im Bereich Öffentliche Sicherheit und Ordnung**
Vorlage: 2026/0591

Beschluss:

Kenntnisnahme

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und teilt die Namen der entschuldigten Stadträtinnen und Stadträte mit. Tagesordnungspunkt 2 sei für heute von der Tagesordnung abgesetzt.

Anschließend ruft er Tagesordnungspunkt 1.1 und 1.2 zur Behandlung auf und begrüßt Frau Polizeipräsidentin Denner und Herrn Krull vom Polizeipräsidium Karlsruhe.

Frau Polizeipräsidentin Denner berichtet mithilfe einer Powerpointpräsentation über die Sicherheitslage in der Stadt Karlsruhe und stellt eingangs fest, dass die Kriminalitätsentwicklung insgesamt sehr positiv zu bewerten sei.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE) führt aus, es müsse weiterhin gemeinsam am subjektiven Sicherheitsgefühl gearbeitet werden; dazu gehörten auch Beleuchtung sowie städtebauliche Maßnahmen, etwa im Bereich der nördlichen Karlstraße. Hinsichtlich der Beleuchtung erinnert sie an einen früheren Antrag zum Dimmen und weist darauf hin, dass starke Übergänge häufig zu sehr dunklen Bereichen in der Innenstadt führten. Positiv bewertet sie die Entwicklung beim Einzeltrick. Zudem fragt sie nach den bisherigen Erfahrungen der Polizei mit der Messerverbotzone, nach deren Bewertung sowie danach, an welchen Stellen und auf welcher Grundlage eine Ausweitung in Betracht komme.

Stadtrat Schnell (AfD) hat festgestellt, dass auf der Internetseite der Polizei Karlsruhe zwar ein Link zur Polizeilichen Kriminalstatistik 2025 vorhanden sei, dieser jedoch nicht funktioniere. Ferner verweist er auf eine Folie der Präsentation zur Kriminalitätsbelastung im öffentlichen Raum; dort sei oben rechts eine Gesamtzahl von 318 angegeben, während die unten aufgeführten einzelnen Gruppen diese Summe bei weitem nicht erreichten. Er fragt daher, welche weiteren Delikte in der Gesamtzahl von 318 enthalten seien.

Stadtrat Dr. Huber (SPD) weist darauf hin, dass der Fokus der Darstellung nachvollziehbar auf dem Innenstadtbereich liege. Er verweist auf den deutlichen Rückgang infolge der Cannabislegalisierung und fragt, ob hierdurch frei gewordene Kapazitäten zu Verbesserungen in anderen Deliktsbereichen geführt hätten oder ob die Arbeit durch die neuen Tatbestände komplexer geworden sei. Ergänzend bittet er um eine Einschätzung zu den Auswirkungen der Legalisierung nach nunmehr knapp drei Jahren.

Frau Polizeipräsidentin Denner führt aus, die Messerverbotszone sei gemeinsam mit der Stadt Karlsruhe so koordiniert worden, dass sie mit dem von der Polizei definierten gefährlichen Ort übereinstimme, sodass Kontrollen dort wirksam durchgeführt werden könnten. Diese Kombination habe sich bewährt. Trotz der öffentlichen Bekanntgabe seien bei Durchsuchungen weiterhin Messer und gefährliche Gegenstände festgestellt worden. Dies zeige, dass die Einrichtung der Zone sinnvoll sei.

Die präsentierten Werte bildeten lediglich Trends und Tendenzen ab; umfassend belastbare Zahlen könne sie zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht liefern, eine übergreifende Statistik sei erst am Jahresende möglich.

Zu den Kapazitäten im Bereich der Rauschgiftermittlungen antwortet sie, dass frühere allgemeine Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz häufig Beifänge bei anderen Kontrollen gewesen seien, sodass insoweit nicht in großem Umfang Kapazitäten frei geworden seien. Zugleich müssten nunmehr bestimmte Verstöße gegen das Konsumcannabisgesetz kontrolliert werden; darüber hinaus würden erhebliche Kapazitäten weiterhin für die Bekämpfung der Drogenkriminalität im großen Stil benötigt.

Stadtrat Dr. Noé (FDP/FW) bemerkt zum Delikt des Erschleichens von Leistungen, der Rückgang sei auffällig; er hoffe, dieser gehe nicht tatsächlich auf weniger Kontrollen zurück, und fragt, ob es sich hierbei lediglich um eine Vermutung handle oder tatsächlich weniger kontrolliert werde. Zum Konsumcannabisgesetz fragt er, ob sich die registrierten Verstöße allein auf Mengenfragen und Sperrbereiche bezögen oder ob auch Bezugsquellen eine Rolle spielten. Ferner spricht er die Rohheitsdelikte im Bereich Durlach an und bittet hierzu um eine kurze Einordnung. Schließlich fragt er nach Zahlen zu Rezeptfälschungen in Karlsruhe; sollten diese nicht unmittelbar verfügbar sein, bittet er um Übermittlung im Nachgang.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU) führt aus, es sei ein Anstieg der Onlinekriminalität zu beobachten, auch im Zusammenhang mit sexuellen Delikten gegen Kinder und Jugendliche. Gebe es hierzu Erkenntnisse für Karlsruhe? Seien eine entsprechende Szene oder betroffene Personen festzustellen?

Frau Polizeipräsidentin Denner erklärt, das Erschleichen von Leistungen werde nicht unmittelbar durch die Polizei kontrolliert; entsprechende Fälle würden übermittelt, wenn bei Kontrollen Verstöße festgestellt würden. Verbindliche Auskünfte hierzu müssten die Stadtwerke oder die Verkehrsbetriebe geben. Zu den Bezugsquellen von Cannabis könne sie nichts Belastbares sagen; hierzu müsse man die Betroffenen selbst befragen. Sie äußert die Einschätzung, dass es in Karlsruhe allenfalls in sehr geringer Zahl Vereine gebe. Im Zusammenhang mit Durlach erläutert sie, dort habe sich auf der Karte lediglich ein gelber Fleck gezeigt, also eine geringere Menge von Fällen im bisher erfassten Jahresverlauf bis September; Durlach sei jedoch kein roter Fleck. Zum Thema Rezeptfälschung erklärt sie, entsprechende Delikte gebe es mit Sicherheit, hierzu müsse jedoch die Kriminalinspektion 3 Wirtschaftskriminalität befragt werden; von dort könnten im Nachgang Daten und Zahlen geliefert werden.

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE) meint, der polizeiliche Rat, Fahrräder anzuschließen, sei aus Sicht der Polizei nachvollziehbar. Gleichwohl sollten aus seiner Sicht alle in der Stadt daran arbeiten, die öffentliche Sicherheit weiter zu erhöhen. Der Appell, das eigene Fahrrad anzuschließen, bedeute eine Privatisierung von Sicherheit. Man wolle vielmehr eine sichere Stadt, in der Sicherheit nicht privatisiert werde; dies sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der die Polizei durch ihre Präsenz beitrage.

Stadtrat Müller (CDU) entgegnet, es liege im Interesse jedes Einzelnen, das eigene Fahrrad beziehungsweise Hab und Gut zu sichern. Ihn interessiere, wie sich aus polizeilicher Sicht die Fallzahlen im Zusammenhang mit der Teilnahme am öffentlichen Straßenverkehr unter Einwirkung berauschender Mittel entwickelt hätten, seit das Konsumcannabisgesetz in Kraft sei.

Der Vorsitzende führt mit Blick auf die Karte zu den Rohheitsdelikten aus, ein Teil der Häufungen an bestimmten Stellen lasse sich möglicherweise mit dort höheren Bevölkerungsdichten erklären; an anderen Stellen spielten Durchgangsverkehr oder die Ausbildung von Hotspots eine Rolle. Er fragt, ob zu den Rohheitsdelikten auch Erkenntnisse über die Uhrzeiten vorlägen. Ferner fragt er, ob der zunehmende Crack-Konsum bereits eine Rolle spiele.

Frau Polizeipräsidentin Denner erklärt, zum Cannabiskonsum lägen keine verlässlichen Aussagen vor. Eine Häufung beziehungsweise Korrelation zwischen Cannabiskonsum und Delikten im Straßenverkehr habe bislang nicht festgestellt werden können; möglicherweise müsse hierzu weitere Erfahrung abgewartet werden. Zu den Uhrzeiten der Rohheitsdelikte erklärt sie, dies müsse im Einzelnen ausgewertet werden.

Zum Crack-Konsum könne man derzeit noch nicht viel sagen. In Karlsruhe spiele bislang vor allem Kokain eine Rolle; Crack sei bislang noch nicht angekommen.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Frau Denner für den Vortrag.

Zum Tagesordnungspunkt 1.2 „Handlungsschwerpunkte im Bereich öffentliche Sicherheit und Ordnung“ regt er an, künftig auch das Thema Rauschmittel im Straßenverkehr in die Berichterstattung aufzunehmen, soweit dies ermittelbar sei, da in der vorliegenden Tabelle bereits Ursachen beziehungsweise Begleitumstände von Unfällen dargestellt würden.

Herr Lipp (Ordnungs- und Bürgeramt) stellt den Tätigkeitsbericht 2025 mithilfe einer Präsentation in Schwerpunkten vor und führt aus, sämtliche gezeigten Folien seien dem Bericht

entnommen. Aus seiner Sicht sei das Jahr 2025 trotz insgesamt schrumpfender Ressourcen erfolgreich gewesen, da das Amt seine Aufgaben weiterhin gut erfülle. Es sei gelungen, die Effizienz in allen Bereichen zu steigern. Ziel sei es, die erreichte Leistungsfähigkeit unter den gegebenen Rahmenbedingungen zu halten. Dies bedeute nicht, dass man sich ausruhe; größere weitere Hebel, mit denen kurzfristig deutliche Ergebnisse erzielt werden könnten, sehe er derzeit jedoch nicht mehr.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE) stellt fest, der Bericht und die Zahlen zeigten deutlich, dass die vorgenommenen organisatorischen Veränderungen wirkten. Eine zusätzliche Beschilderung zeige Wirkung, insgesamt sei man auf einem richtigen Weg. Erfreulich sei, dass man beim Einsatzprogramm vorankomme und künftig wieder vergleichbare Daten erhalten könne. Zur Staatsangehörigkeitsbehörde frage sie nach der aktuellen Bearbeitungsdauer. Außerdem erkundigt sie sich zum KOD nach der praktischen Ahndung von weggeworfenen Zigarettenstummeln, auch vor dem Hintergrund erhöhter Bußgelder und entsprechender Ansprachen vor Ort. Ferner nimmt sie auf frühere Nachfragen zum Selbstbestimmungsgesetz Bezug und fragt, ob es seitdem Beschwerden gegeben habe oder ob die dort geschildert sensible und von Antragstellenden gelobte Praxis unverändert fortgeführt werde.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU) nimmt Bezug auf die Aussage, dass das Beratungsgespräch bei Einbürgerungsverfahren abgeschafft und ein schriftliches Verfahren eingeführt worden sei. Aus ihrer Sicht habe das Gespräch auch dazu gedient, sich ein Bild davon zu machen, ob sich Antragstellende auf Deutsch ausdrücken könnten und ob die Werte der freiheitlichen Grundordnung verinnerlicht seien. Wie könne bei einer schriftlichen Einreichung ausgeschlossen werden, dass nicht eine dritte Person den Antrag für die betroffene Person ausfülle?

Stadtrat Tröndle (SPD) dankt im Namen der SPD-Fraktion für die Arbeit und die Weiterentwicklung hin zu mehr Bürgerfreundlichkeit bei gleichzeitiger Wahrung der Sicherheit. Exemplarisch verweist er auf die Ausländerbehörde, zu der aus dem Integrationsausschuss in den letzten Jahren ausschließlich positive Rückmeldungen gekommen seien. Es falle auf, dass die Zahl psychisch auffälliger Menschen in der Stadt eklatant ansteige; die dies ein allgemeiner Trend oder ein spezielles Karlsruher Phänomen?

Zum Thema E-Scooter führt er aus, dass nunmehr erstmals Unfallzahlen vorlägen, die Zahl aber ohne Vergleichswerte noch nicht eingeordnet werden könne. Er frage, ob sich die Abstellzonen bewährt hätten, und weist auf häufige gefährliche Situationen in den Fußgängerzonen von Karlsruhe und Durlach hin, bei denen Personen teils zu zweit und mit etwa 25 km/h ohne Helm unterwegs seien. Er frage, ob über den Städtetag auf eine Helmpflicht hingewirkt werden könne und wie viele der Fälle Fußgänger betroffen hätten.

Herr Lipp (Ordnungs- und Bürgeramt) erklärt zur Bearbeitungsdauer bei Einbürgerungen, diese sei weiterhin zu lang. Derzeit gehe man von etwa 20 Monaten aus; die Tendenz liege inzwischen eher bei 18 bis 16 Monaten. Ziel sei es, deutlich unter ein Jahr zu kommen. Voraussetzung dafür sei das weitere Abschmelzen des aufgelaufenen Fallbergs.

Zum Thema Zigarettenstummel führt er aus, dies sei schwierig, weil die betreffende Person in flagranti ertappt werden müsse. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Rechtsänderung im Landesnichtraucherschutzgesetz, nach der insbesondere an Haltestellen das Rauchen verboten sei. Hierzu gebe es konkrete Abstimmungen mit den Verkehrsbetrieben über die

erforderliche Hinweisbeschilderung, da diese vor Kontrollen vorhanden sein müsse. Man habe großes Interesse an einer entsprechenden Beschilderung signalisiert, weil dort ein hoher Kontrolldruck bestehe. Er hält es für erfolgversprechender, das Rauchen an solchen Orten insgesamt zu unterbinden, als nur dem Wegwerfen der einzelnen Kippe nachzugehen.

Zum Selbstbestimmungsgesetz seien keine weiteren Beschwerden eingegangen. Die anfängliche höhere Nachfrage sei gut bewältigt worden; derzeit sehe er dort kein Problem.

Bei dem abgeschafften Beratungsgespräch habe es sich um ein zusätzlich vorgeschaltetes Gespräch vor einem weiteren persönlichen Termin gehandelt. Das eigentliche Loyalitätsgespräch, in dem die angesprochenen Punkte geprüft würden, finde weiterhin statt. Abgeschafft worden sei lediglich eine zusätzliche erste Schleife, in die alle Personen unabhängig von ihrem Vorbereitungsstand geschickt worden seien. Wer genau wisse, welche Unterlagen erforderlich seien, sich anderweitig informiert habe und einen vollständigen Antrag einreiche, solle dies auch ohne diese zusätzliche Schleife tun können. Wer weiterhin Beratung wünsche, werde selbstverständlich beraten.

Zum Anstieg psychisch auffälliger Menschen sei ihm nicht bekannt, dass Karlsruhe eine singuläre Entwicklung aufweise. Er gehe deshalb davon aus, dass es sich um ein allgemeines Phänomen handle. Er sagt zu, hierzu nähere Informationen einzuholen und dies zu verifizieren.

Zu den E-Scootern beantwortet er die Frage zu den Abstellzonen positiv; hierzu gebe es gutes Feedback. Zur Häufung von Unfällen zwischen Elektrokleinstfahrzeugen und zu Fuß Gehenden könne er die konkrete Verteilung der Fälle jedoch nicht aus dem Stand nennen und sagt eine nachträgliche Auskunft zu.

Stadtrat Dr. Noé (FDP/FW) weist darauf hin, dass auch die Überwachung nach dem Lebensmittel- und Bedarfsgegenständerecht aufwändig sei. Zur Staatsangehörigkeitsbehörde merkt er an, dass im Einzelfall etwas mehr Flexibilität hilfreich sei. Zum Thema E-Scooter weist er darauf hin, dass unter den erfassten Fällen vier Kinder betroffen gewesen seien. Dies werfe für ihn die Frage auf, wie unter 14-Jährige überhaupt Zugriff auf entsprechende Fahrzeuge erhielten. Er plädiert dafür, zunächst weitere Daten abzuwarten.

Stadtrat Kalmbach (FÜR) hebt hervor, dass die beschriebenen organisatorischen Veränderungen offensichtlich erfolgreich gewesen seien und die Zufriedenheit der Mitarbeitenden gewachsen sei. Er fragt mit Blick auf die Äußerungen zu gereizteren Situationen bei Versammlungen und die häufig diskutierte „Verrohung“ der Gesellschaft, ob diese Verrohung tatsächlich beobachtet werden könne oder ob es sich eher um ein Gefühl handle. Aufgrund der Erfahrungen des Amtes in Bürgerbüros, bei Kontrollen und anderen Anlässen interessiere ihn, ob sich dies messen lasse.

Stadtrat Schnell (AfD) erkundigt sich nach der Zahl der tatsächlich besetzten Stellen im kommunalen Ordnungsdienst sowie nach den verfügbaren Einsatzstunden. Er verweist darauf, dass seit Jahren das Problem bestehe, nicht alle Stellen besetzen zu können.

Herr Lipp (Ordnungsamt) führt aus, die Zahl der Versammlungen nehme in der Masse zu, was sich mit den zunehmenden politischen Diskussionen und den Themen erklären lasse, die in der Öffentlichkeit und auf der Straße präsenter seien als in früheren Jahren. Deshalb sei es schwierig zu diagnostizieren, dass sich gerade dieselben Menschen verändert hätten. Feststellbar sei

vielmehr, dass Reizthemen im öffentlichen Raum zugenommen hätten. Gespräche mit Versammlungsleitungen und Teilnehmenden seien anstrengender geworden. Es gehe dabei nicht um Handgreiflichkeiten gegenüber den Mitarbeitenden, sondern darum, dass mehr Zeit benötigt werde, um zu erläutern, was zulässig sei und was nicht, etwa bei Vermummungsverboten oder Fragen des uniformierten Auftretens.

Eine generelle Verrohung könne er hingegen nicht bestätigen. Im Tätigkeitsbericht würden seit drei Jahren Übergriffe und auch verbale Übergriffe auf Mitarbeitende erfasst; diese bewegten sich auf eher gleichbleibendem Niveau und seien im letzten Jahr sogar rückläufig gewesen. Ein jährlicher Anstieg lasse sich daraus nicht ableiten.

Die exakte Zahl der besetzten Stellen beim KOD könne er nicht ohne Rücksprache mit dem Abteilungsleiter nennen, da er sonst möglicherweise eine falsche Zahl nennen würde. Wegen der Wiederbesetzungssperre werde derzeit grundsätzlich jede freiwerdende Stelle nicht sofort wieder besetzt, weshalb in allen Abteilungen eine volatile Personalsituation herrsche. Er sagt zu, die genaue Zahl nachzuliefern.

Der Vorsitzende ergänzt die Beschilderung von Carsharing-Stellplätzen sei in der Straßenverkehrs-Ordnung nicht vorgesehen; dennoch habe man eine Lösung ermöglicht. Dies habe zu einer deutlichen Beruhigung geführt, da weniger Fahrzeuge abgeschleppt werden müssten und die Stellplätze für zurückkehrende Carsharing-Fahrzeuge frei blieben. Beschwerden habe es hierzu bislang nicht gegeben.

Die Zahl der Versammlungen nehme nahezu wöchentlich zu; im Durchschnitt gebe es inzwischen fast täglich zwei Anmeldungen und damit auch zwei Versammlungen. Darin sehe er ebenfalls ein gestiegenes Bedürfnis, politische Diskussionen wieder im öffentlichen Raum und nicht nur online zu führen. Zugleich weist er darauf hin, dass manche Versammlungen offenbar auch dazu dienten, Bilder für die Online-Kommunikation zu erzeugen. Insgesamt sei die Bewältigung insbesondere dann, wenn auf dem Marktplatz mehrere gegenläufige Veranstaltungen zur selben Sache stattfänden, eine erhebliche Leistung; hierfür dankt er auch der Polizei.

Seines Wissens gebe es eine entsprechende Ankündigung zur Helmpflicht bei E-Scootern. Er wisse aber nicht, wie weit dies bundesgesetzlich fortgeschritten sei. Die Abstellkultur habe deutlich verbessert. Das Unfallrisiko sei jedoch weiterhin hoch. Zudem sehe er inzwischen auch drei Personen auf einem Fahrzeug sowie eine steigende Zahl privater, also selbst besessener Scooter. Daran zeige sich, dass das Thema unabhängig von den Verleihsystemen und Standplätzen weiter relevant bleibe.

Zur Einbürgerung erklärt er, es gingen weiterhin Beschwerden bei ihm ein; bei deren Prüfung zeige sich jedoch häufig, dass fehlende Unterlagen von anderen Stellen und nicht von der städtischen Behörde beizubringen seien, was das Verfahren zusätzlich verzögere. Außerdem erinnert er an ein früheres Problem, bei dem bereits erhobene Daten nicht mehr zur Verfügung gestanden hätten. Auch dies sei inzwischen gut aufgearbeitet worden.

Abschließend regt er an, das Thema Selbstbestimmungsgesetz künftig mit einer eigenen Folie in die Statistik aufzunehmen, um die Zahlenentwicklung nachvollziehbar zu machen und Vermutungen über eine große Zahl wiederholter Änderungen mit belastbaren Daten begegnen zu können.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt er Kenntnisnahme fest.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
16. Oktober 2026